

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 18.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1903.

Montag-Ausgabe

Montag, 12. Januar 1903.

Druckerei für Halle a. S. 2, 50, 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. S.

Druckerei für Halle a. S. 2, 50, 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.

Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Der neue Reichsetat.

Nachdem bisher die wichtigsten Einzelsteuern für das Jahr 1903 bekannt geworden sind, liegen heute die Ziffern des Gesamtetats vor, wie der Reichsetat bei seinem Zusammentritt am nächsten Dienstag ihn vorfinden wird. Danach stellt sich der Etat in Einnahme und Ausgabe auf 2 464 972 734 Mk. (+ 160 489 619 Mk. gegen 1902). Das Defizit für 1903 wird auf 187,4 Millionen besetzt und durch außerordentliche Einnahmestellen sollen insgesamt 239 908 624 Mk. beigetragen werden.

Von den Einnahmen entfallen 1 968 644 788 Mk. (+ 25 816 945 Mk. gegen 1902) auf die fortwährenden, 238 421 042 Mk. (+ 45 863 569) auf die einmaligen ordentlichen und 239 908 624 Mk. (+ 88 809 105) auf die einmaligen außerordentlichen Ausgaben. Die Verteilung dieser Ziffern auf die einzelnen Steuerkategorien ist durch unsere bisherigen Veröffentlichungen bereits in der Gesamtdarstellung. Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten sind auf 542 092 000 Mk. (- 14 143 000) normiert.

Die Einnahmen belaufen sich bei den Zölle und Verbrauchssteuern auf 780 252 880 Mk. (- 23 830 810), davon entfallen auf die Zölle 472 503 000 Mk. (- 13 985 000), auf die Verbrauchssteuern 307 749 880 Mk. (+ 10 845 810), auf die Grundersteuer 98 629 000 Mk. (- 16 268 000), auf die Salzsteuer 49 073 000 Mk. (- 247 000), auf die Maßgebührensteuer 18 569 000 Mk. (+ 1 696 000), auf die Branntweinverbrauchssteuer 108 867 000 Mk. (- 1 925 000), auf die Schornsteinsteuer, die zum ersten Male im Etat erscheint, 1 331 000 Mk., auf die Brandsteuer 30 846 000 Mk. (- 734 000). Die Reichsrenten sind mit 93 028 000 Mk. (+ 1 570 000) angesetzt. Es figurieren der Eisenrentenpfeil mit 1 565 000 Mk. (+ 48 000), die Wechselrentenpfeile mit 11 940 000 Mk. (- 296 000), die den Bundesstaaten zu überweisenden Eisenrentenpfeile mit 78 497 000 Mk. (- 1 335 000), darunter die Eisenrentenpfeile mit 33 055 000 Mk. (- 410 000). Die weiteren fünf Einnahmen angeht bei der Post- und Telegraphenverwaltung 456 220 100 Mk. (+ 15 590 970), Reichsbankrenten 7 906 000 Mk. (- 201 000), Eisenbahnverwaltung 87 879 600 Mk. (- 1 905 900), Schanzen 15 866 209 Mk. (- 183 000), Zinsfuß des außerordentlichen Etats 18 000 000 Mk. (- 95 000 000), zur Verfügung für die nicht allen Bundesstaaten gemeinsamen Einnahmen 17 397 592 Mk. (+ 559 025), Materialbeiträge 565 856 234 Mk. (+ 14 783 525).

Die durch Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 200 Millionen zu bewerkstelligen Ausgaben sind auf insgesamt 2 192 921 739 Mk. (mehr 106 721 300) als die Einnahmen für die außerordentlichen Bedürfnisse des Reiches und des Anzuges, der Post- und Telegraphenverwaltung, der Eisenbahn, der Marine, der Reichsrenten, der Expedition nach Ostasien.

In der dem Staatsentwurf für 1903 beigegebenen Denkschrift heißt es u. a.: Bereits bei Vorlegung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1902 waren die Verbindungen der Regierung genötigt, behufs Bilanzierung des Etats eine Zufußanleihe in Höhe von 34,9 Mill. Mk. in Aussicht zu nehmen. Beinahe gleichzeitig auch möglich gewesen ist, diesen an sich unerwünschten Weg der Deckung durch anderweitige Finanzierungsquellen zu vermeiden, so haben die verschiedenen Regierungen für 1903 doch keinen anderen Ausweg, denn der rechnungsmäßige Reibehalter, der sich für 1902 auf 56,9 Mill. Mk. belief, hielt sich für das Rechnungsjahr 1903 nach diesem Voranschlag auf 118,4 Mill. Mk. Die wirtschaftliche Situation, deren die Denkschrift zum Etat des laufenden Jahres als recht länger denn Jahresfrist auf allen Staaten mit hohemwärtiger Industrie laien und gleicher Weise Handel und Verkehr in Mitteleuropa ziehend gedenken mußte, ist noch nicht überstanden und über mit je längerer Dauer desto ungünstigeren Einflüssen auf die Finanzen des Reiches aus. Die sorgsam veranlagten Einnahmen wiesen in ihrer Gesamtheit gegen 1902 einen erheblichen Minderbetrag auf, der zu den Folgen der unangünstigen Konjunktur bei der Ermäßigung der Grundersteuer beizutragen, wenn auch nur vorübergehend, so doch für 1903 recht beträchtliche Einnahmeverluste mit sich bringt. Bei dem Anzuges der Ausgaben hat die finanzielle Situation sich ebenfalls erheblich verschlechtert. In fast noch schlimmerer Weise als im Reiche macht die Unangunst der wirtschaftlichen Verhältnisse sich in ihrer Wirkung auf die Finanzen der Einzelstaaten bemerkbar. Sind bei einer großen Zahl von ihnen die Finanzen im wesentlichen auf die direkte Besteuerung gegründet und treten deshalb die Folgen einer Störung in Industrie, Handel und Verkehr hier nicht so unmittelbar und in solchem Umfange auf wie bei den hauptsächlich auf dem Gebiete der indirekten Besteuerung beruhenden Finanzen des Reiches, so sind jene Folgen bei ihrem Eintritt jedoch um tiefgreifender und nachhaltiger, da jene Budgets, auf gleichmäßiger Grundlage in Einnahme und Ausgabe aufgebaut, schon durch geringere Ausfälle erheblich belastet werden, ein Wiederausgleich sich aber auch nur langwieriger vollzieht. Tritt neben diesen Schwierigkeiten der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im inneren Staatshaushalte nun noch das Reich nicht mit hohen und schmerzhaften ungedeckten Materialanforderungen hervor, sondern bleiben auch die Ueberweisungen hinter ihrem Etatstil zurück, wie es für 1901 mit rund 15 Millionen Mark der Fall war, so wird die finanzielle Lage der Einzelstaaten zu einer kaum noch erträglich, und es ergibt sich als eine politische Notwendigkeit, in dieser Beziehung auf Abhilfe bedacht zu sein. Als solche bietet sich für das Rechnungsjahr 1903 lediglich die Entlastung durch eine Zufußanleihe. So unerwünscht eine solche Maßnahme vom Standpunkt einer gesunden Finanzwirtschaft aus bezeichnet werden muß, so erscheint sie doch insofern gerechtfertigt, als einerseits das Reich in den günstigsten Jahren von 1895/96 bis 1898 rund 148 Millionen Mk. an

den Ueberweisungssummen zur Schuldenentlastung verwendet hat, andererseits die aufzunehmende Zufußanleihe nicht als eine dauernde Belastung des Reichskredits, sondern nur als eine schwebende Schuld gedacht ist, deren Tilgung aus künftigen Ueberweisungen erfolgen soll. Bezeichnet die verbundenen Regierungen bereits für 1902 die Summe von 24 Millionen Mk. als das äußerste ihrer Leistungsfähigkeit an ungedeckten Materialbeiträgen und wird berücksichtigt, daß der Höchstfuß für 1901 sie außerdem noch mit einem Anfall an Ueberweisungen in Höhe von rund 15 Millionen Mark belastet hat, so bedarf es keiner weiteren Begründung, daß für 1903 von ihnen an ungedeckten Materialbeiträgen überaus eine höhere Summe als die im Etat vorgezeichnete übernommen zu werden vermag. Danach ergibt sich für die Zufußanleihe der Betrag von 95 Millionen Mark.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 12. Januar.

\* Zum Rücktritt des Herrn v. Holleben bringt die „Sächsische Zeitung“ an leitender Stelle einen Artikel, in dem es u. a. heißt: „Als ganz unrichtig können mir es bezeugen, daß der Rücktritt des Herrn v. Holleben im Zusammenhang mit der Abweisung des Präsidentsen Rootzel stehe, das Schiedsgericht zu übernehmen. Das ergibt sich schon daraus, daß in der deutschen Note, die Rootzel dieses Amt antrug, förmlich die Möglichkeit ins Auge gefaßt war, im Fall der Ablehnung die Angelegenheit an das Haager Schiedsgericht zu verweisen. Ebenso ist es unzutreffend, daß die Beurteilung des Herrn v. Holleben mit einer angeblichen Verhöhnung der Vereinigten Staaten gegen Deutschland in Verbindung stehe. Es sind ja in der Tat im Laufe der letzten Zeit manche unfreundliche Artikel in einem Teile der nordamerikanischen Presse gegen Deutschland erschienen, aber die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten und des Präsidentsen ist uns gegenüber stets sehr korrekt, sogar freundlich geblieben. Ebenso befindet sich die „Times“ auf dem Höhepunkte, wenn sie glaubt, daß die Beurteilung des Herrn v. Holleben mit dem Bancroft-Falle in unrichtigen Zusammenhang stehe.“

Um ein Beispiel von der Haltung der nordamerikanischen Presse zu geben, teilen wir folgendes Telegramm mit: „New-York, 11. Jan. Nach einer Erklärung der „New-York Staatszeitung“ heute der Postmeister v. Holleben alle Urteile, nach Berlin zu berichten, daß Rootzel sich als Schiedsrichter am annehme, da derselbe bereits dazu seine Einwilligung gegeben hatte. Anfolge der herrschenden Gegenströmung der öffentlichen Meinung mußte er jedoch seine Aufgabe zurückverweisen. Dagegen erklärt die „Staatszeitung“ alsdann: „Seit dem holländischen Kriege war Vizeadmiral Dieberich in Ostien von Manila der deutschen Regierung eine Suppe eingetrodelt habe, an welcher noch lange gedenkt werden mußte, sei die Stelle eines deutschen Vizekonsuls in Washington eine überaus delikate und schwierige geworden. Das Staatsdepartement hat der deutschen Diplomatie nicht feindselig, jedenfalls aber sehr kühl und abnehmend gegenüberstanden.“

Die „New-Yorker Staatszeitung“ spricht hier Sachen, die ebenso fürcht wie hallos sind. Man erkennt aber aus dem Gesagten, wie wenig deutschfreundlich man in Nordamerika im Grunde denkt und wie die Reize des Bräutigams Heinrich sich immer zweifellos als ein Mißgeschick darstellt. Uns sollte das wirklich eine ernste Mahnung sein.

Dem „B. Z.“ wird gemeldet, daß am Donnerstag abend in New-York eingetroffen. Er letzte die Unterredung ab über überhaupt eine Kreuzung darüber, mit welchem Dampfer er am Sonnabend abfahren werde. Seine Unpäßlichkeit hat sich durch die anderwärts schlechte Witterung in Washington verschlimmert.

New-York, 11. Jan. Der bekannte deutsche Vizekonsul von Holleben hat gegen an Bord des Dampfers „San Valerius“ die Reise nach Europa angetreten.

Freiherr Speck v. Sternberg, der Stellvertreter und voraussichtliche Nachfolger des Herrn v. Holleben, hatte am Sonnabend in Berlin eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen. Man nimmt an, daß er vor seiner Abreise nach New-York, die voraussichtlich am Dienstag von Bremerhaven aus erfolgt, auch vom Kaiser empfangen werden wird.

\* Handelsvertragsverhandlungen. Wir lesen in der „Wiener „Fr. Presse“ folgendes Telegramm: „Berlin, 9. Januar. Gegenüber der Zeitungsbekundung, daß seitens Deutschlands Einladungen zur Einleitung von Handelsvertragsverhandlungen ergangen seien, teilt das Wollische Bureau mit, daß hiervon keine Rede ist.“

Das Wiener Blatt bemerkt dazu feinerichtig: „Wir haben ausdrücklich bemerkt, daß die Einladung noch nicht in Wien eingetroffen, daß jedoch auf diplomatischem Wege bekannt geworden sei, Deutschland wolle nicht kündigen, sondern aber einen neuen Vertrag in der nächsten Zeit verhandeln. Diese Nachricht ist ungenügend richtig.“

Man wird wohl wohl erfahren, ob es sich hier um einen Vertrag mit dem Reich oder um ein Verleumdung und Silbenrederei handelt. Die das „B. Z.“ befähigt, werden die Verhandlungen über den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag, die aber nicht vor zwei Monaten beginnen dürften, diesmal in Berlin stattfinden, weil die Verhandlungen über den vorigen Handelsvertrag in Wien geführt worden sind. Aus dem-

selben Grunde werden die Verhandlungen über den deutsch-italienischen Handelsvertrag diesmal in Rom erfolgen, weil Italien seine Handelsverträge mit Deutschland und Deisterreich-Österreich das letzte Mal in München und Wien verhandelt hat.

\* Der preussische Landtag wird, wie nunmehr feststeht, vom Ministerpräsidenten Grafen Bülow eröffnet werden. Der Wortlaut der Thronrede ist bereits festgelegt; der Bülow, daß die Kanalvorlage auf alle Fälle in einer anderen Session eingebracht werden wird, soll in derselben enthalten sein. Am übrigen wird die Thronrede als Vortrage anlässlich den Reichstag die Reichsversammlung von Eisenbahnen, den Eisenbahnen betreffend den höheren Verwaltungsdienst und die Vorlage betreffend die Umgestaltung des Grubenwesens.

\* Keine französische Ordensangehörige in den Reichsländern. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ schreibt: Gegenüber den wiederholt aufgetauchten, leihhaft von einem römischen Klatte verbreiteten Gerüchten von einer Ueberweisung der Reichsländer durch französische Ordensangehörige sei an dieser Stelle nochmals erklärt, daß kein Angehöriger der französischen Kongregation die Erlaubnis zur Ausübung einer Ordensaktivität in Elsaß-Lothringen erhalten hat. Auch ist keinen Angehöriger einer französischen Kongregation der dauernde Aufenthalt im Lande und keiner der Franzosen angehörigen Ordensgesellschaften die Niederlassung in Elsaß-Lothringen gestattet worden.

\* Von der Anstufungskommission. Das „Vol. Tgl.“ befragt, daß Verhandlungen über eine Reorganisation der Anstufungskommission schwebten, beidseitige seien aber noch nicht geführt.

Die Erhöhung des Anstufungsfonds auf 250 Millionen hat eine harte Erhöhung der Tätigkeit der Anstufungskommission zur Folge. Die Anstufung und Befriedigung von Einberufen soll notwendig verdoppelt werden. Am vorigen Freitagabend kamen 9000 Gelder zur Aufstellung und Befragung; im laufenden Jahre sollen nach dem Entwurf „Vol.“ rund 17 000 Gelder aufgestellt und befreit werden. Die Zahl der anzuwerbenden Anstufung wird hierauf 1200-1500 betragen. Das bedingt gegen früher ein ganz gewaltige Mehrarbeit. Denn jeder Anstufung bedarf eine Einmündung der Arbeiter darauf. Mit der Befreiung von Geldern ist zugleich an die Erziehung von Schulkindern, von Kindern oder Verwaisen zu denken.

\* Zur Abstellung von politischen Mißgriffen hat der Minister des Innern eine Verfügung an alle preussischen Behörden erlassen, in der es heißt:

Die eingehenden Unterstellungen über Fälle politischer Einseitigkeit, welche in der letzten Zeit die Öffentlichkeit lebhaft erregt haben und auch in der Sitzung des Reichstages vom 22. Dezember 1902 zur Sprache gekommen sind, haben ergeben, daß doch bedauerlicherweise teils vergebener und nicht nur der unteren Polizeibehörden eine Reihe von Mißgriffen vorgekommen ist, die sich nicht entschuldigen lassen. Ich habe den Vorgesetzten gebeten, daß nicht überall eine gewöhnliche Befehlserfüllung und Beachtung der unteren Polizeibehörden durch die Vorgesetzten stattfindet und daß diesen Umständen eine Anzahl der in der letzten Zeit vorgekommenen Mißgriffe zuzurechnen ist. Auftrage der Vorgesetzten ist es, nicht nur darauf Bedacht zu nehmen, daß den untergebenen Polizeibeamten die von ihnen zu handhabenden gesetzlichen Bestimmungen bekannt sind, daß ihnen die praktische Anwendung dieser Bestimmungen bekannt, sondern vor allem auch durch fortgesetzte organische Tätigkeit aufzuweisen ist. Auftrage der Vorgesetzten ist es, nicht nur darauf Bedacht zu nehmen, daß den untergebenen Beamten die von ihnen zu handhabenden Bestimmungen bekannt sind, sondern vor allem auch durch fortgesetzte organische Tätigkeit aufzuweisen ist. Auftrage der Vorgesetzten ist es, nicht nur darauf Bedacht zu nehmen, daß den untergebenen Beamten die von ihnen zu handhabenden Bestimmungen bekannt sind, sondern vor allem auch durch fortgesetzte organische Tätigkeit aufzuweisen ist.

Der Minister spricht zum Schluß die Ermahnung aus, daß die unmittelbaren Vorgesetzten durch ständige persönliche Einwirkung, insbesondere auch durch häufige unermüdete Kontrolle der hienunteren Polizeibeamten, dazu beitragen werden, daß Fälle, wie sie in letzter Zeit die Öffentlichkeit erregt haben, vermieden werden.

\* Der Reichstagler über zwei sozialpolitische Fragen. Der Reichstagler „Graß-Bülow hat an die Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen, die ihm ihre Schriften, Unterbringung bedürftiger Kranken in Heilanstalten, Heimstätten und Gemeinwesen — Erbauung und Arbeiterwohnungen“ geschickt hat, folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Zentralstelle spreche ich für die Uebersendung der Verordnungen und Verhandlungen der 9. Konferenz meinen verbindlichen Dank aus. Ich habe mit Interesse daraus erfahren, daß die Konferenz die Frage der Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen, und ein besonders Gebiet der Arbeiterwohlfahrtsfrage zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht hat. Die Notwendigkeit, in umfassender Weise für die Unterbringung unheimlicher Kranken in Heilstätten zu sorgen, wird in besten Kreisen mehr und mehr erkannt und anerkannt, und ich hoffe, es als besonders wertvoll, daß bei den Verhandlungen am 5. Mai v. J. eine Ergänzung dieser Richtung durch Schaffung von Aufzuchtstätten für unheimliche Kranke und durch Unterbringung der Familienangehöriger der in Heilstätten aufgenommenen Kranken nachdrücklich gefordert wurde. Ich hoffe, dieses Interesse beansprucht der zweite Verhandlungsgegenstand „Arbeiterwohlfahrt“ und Arbeiterwohnungen.“ Wenn die Verhandlungen auch nicht zu einer Einigung über die unheimliche Frage geführt haben, so und inwiefern an der Vertiefung des Erbauungs ein wesentlicher Erfolg für die Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen zu denken ist, wird sich zeigen.





dringende Bitte um Unterstützung der Witwen und Waisen zu richten.

Freitag, 9. Jan. (Neuer-Melbung.) In einer Burenverhandlung, die nach der Ueberführung der Buren-Armeen an Chamberlain und seiner Antworter abgehalten wurde, haben die Burenführer hervor, es sei offenbar, daß Chamberlain über die in den Friedensbedingungen gemachten Zugeständnisse nicht hinausgehen gedenke; es sei daher nutzlos, neue Forderungen aufzustellen. Sie könnten den Buren nur raten, sich in die Lage zu fügen und zusammen mit der britischen Regierung an der Wiederrichtung des Landes zu arbeiten.

Sonntag, 11. Jan. (Neuer-Melbung.) Die Regierung ist durch den Bericht des Generals Buller über die Operationen in der Nähe von Mafeking, welche die Briten im Laufe des Monats vollzogen, sehr zufrieden. Die Besatzung von Mafeking wird durch den Anmarsch von Verstärkungen in der nächsten Woche auf 40 Mann vermindert werden.

Montag, 11. Jan. (Neuer-Melbung.) Die Regierung ist durch den Bericht des Generals Buller über die Operationen in der Nähe von Mafeking, welche die Briten im Laufe des Monats vollzogen, sehr zufrieden. Die Besatzung von Mafeking wird durch den Anmarsch von Verstärkungen in der nächsten Woche auf 40 Mann vermindert werden.

Wetter-Beschreibung auf Grund der Berichte der deutschen Wetterstationen in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Dienstag, 13. Januar: Mild winterlich, wolfig, streifweise Niederschläge, windig.

Mittwoch, 14. Januar: Milde, streifweise Niederschlag, teils heiter, windig.

Table with 4 columns: Station, Date, Temperature (max/min), and other weather indicators. Includes stations like Halle, Erfurt, Braunschweig, etc.

\*) Beobachtet in der Mittagszeit nach amtlichen Depeschen der künftigen Ostpreußen-Verwaltung.

Börsen- und Handelsteil.

Table of stock market data including 'Allgemeines', 'Börsenbericht der Reichsbank vom 7. Januar 1903', and 'Kassensparberichte'.

markt, mecklenburg, pommer, preuss, polen, und schles, fein 155.00 bis 165.00, mittel 145.00 bis 154.00, gering 139.00 bis 144.00. ... (Detailed market report for various commodities and currencies.)

Wochen-Marktsbericht.

Wochen-Marktsbericht. - Braunschweig, 9. Jan. (Originalbericht von Duenfell & Spannath.) Die Marktstimmung war in dem vorliegenden Berichtsbereich wieder sehr ruhig.

Wochen-Marktsbericht.

Wochen-Marktsbericht. - Hamburg, 10. Jan. (Bericht der Notierungskommission.) Von Schweinefleisch war in dem Berichtsbereich an der Lagerstätte in der Woche vom 4. bis 10. Januar im ganzen 9734 Stück netto zum Verkauf.

Waren- und Produktensberichte.

Waren- und Produktensberichte. - Hamburg, 10. Januar. Weizen fest, holsteinischer und mecklenburger 150. ... (Detailed report on various goods and products.)

\* London, 10. Januar. An der Börse -- Weizenladungen abgesehen. ... (Financial and market news from London.)

Waren- und Produktensberichte.

Waren- und Produktensberichte. - Hamburg, 10. Januar. ... (Continuation of market reports.)

Peckolt & Baake, Bankgeschäft, Halle a. S., Riebeckplatz, An- u. Verkauf von Worthpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Baareinzahlungen, Conto-Corrent-, Wechsel-, Hypothekverkehr.

Für die Inserate verantwortlich Otto Grafel, Halle a. S.